

Bauleitplanverfahren

- **Normalverfahren**
- **Vereinfachtes Verfahren nach § 13 BauGB**
- **Beschleunigtes Verfahren nach § 13 a BauGB**

Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden

Das Verfahren der Umweltprüfung

- **vorgezogene Behördenbeteiligung (§ 4 Abs. 1 BauGB)**
- **„reguläre“ Behördenbeteiligung (§ 4 Abs. 2 BauGB)**
- **vorgezogene Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)**
- **Offenlage (§ 3 Abs. 2 BauGB)**
- **Erneute Offenlage (§ 4 a Abs. 3 BauGB)**
- **Elektronische Beteiligung**
- **Präklusion**

§ 3 Beteiligung der Öffentlichkeit

- (1) Die Öffentlichkeit ist möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebiets in Betracht kommen, und die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten; ihr ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben. Von der Unterrichtung und Erörterung kann abgesehen werden, wenn (...)
- (2) Die Entwürfe der Bauleitpläne sind mit der Begründung **und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen** für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.
Ort und Dauer der Auslegung **sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind**, sind mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt zu machen; **dabei ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.** [...]

Ergänzung durch das BauGB 2007

§ 4

Beteiligung der Behörden

- (1) Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, sind entsprechend § 3 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 zu unterrichten und zur Äußerung auch im Hinblick auf Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 aufzufordern.**

(„Scoping“)

Hiernach schließt sich das Verfahren nach Absatz 2 auch an, wenn die Äußerung zu einer Änderung der Planung führt.

§ 4 Abs. 2

(2) Die Gemeinde holt die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, zum Planentwurf und zur Begründung ein. [...]

§ 4 Abs. 3

- **(3) Nach Abschluss des Verfahrens zur Aufstellung des Bauleitplans informieren die Behörden die Gemeinde, sofern nach den ihnen vorliegenden Erkenntnissen die Durchführung des Bauleitplans erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt hat.**

§ 4a Gemeinsame Vorschriften zur Beteiligung Abs. 1:

- (1) Die Vorschriften über die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung dienen insbesondere der vollständigen Ermittlung und zutreffenden Bewertung der von der Planung berührten Belange.**
-
- indizielle Bedeutung für die Rechtmäßigkeit**

§ 4 a Abs. 2

(2) Die Unterrichtung nach § 3 Abs. 1 kann gleichzeitig mit der Unterrichtung nach § 4 Abs. 1, die Auslegung nach § 3 Abs. 2 kann gleichzeitig mit der Einholung der Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 durchgeführt werden.

§ 4a Abs. 3 BauGB

- (3) Wird der Entwurf des Bauleitplans nach dem Verfahren nach § 3 Abs. 2 oder § 4 Abs. 2 geändert oder ergänzt, ist er erneut auszulegen und sind die Stellungnahmen erneut einzuholen.**
- Dabei kann bestimmt werden, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen abgegeben werden können; hierauf ist in der erneuten Bekanntmachung nach § 3 Abs. 2 Satz 2 hinzuweisen.**
 - Die Dauer der Auslegung und die Frist zur Stellungnahme kann angemessen verkürzt werden.**
 - Werden durch die Änderung oder Ergänzung des Entwurfs des Bauleitplans die Grundzüge der Planung nicht berührt, kann die Einholung der Stellungnahmen auf die von der Änderung oder Ergänzung betroffene Öffentlichkeit sowie die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschränkt werden.**

§ 4 a Abs. 4

- (4) Bei der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung können ergänzend elektronische Informationstechnologien genutzt werden.**

Soweit die Gemeinde den Entwurf des Bauleitplans und die Begründung in das Internet einstellt, können die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durch Mitteilung von Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 und der Internetadresse eingeholt werden;

die Mitteilung kann im Wege der elektronischen Kommunikation erfolgen, soweit der Empfänger hierfür einen Zugang eröffnet hat.

Die Gemeinde hat bei Anwendung von Satz 2 Halbsatz 1 der Behörde oder dem sonstigen Träger öffentlicher Belange auf dessen Verlangen einen Entwurf des Bauleitplans und der Begründung zu übermitteln; § 4 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

§ 4a Abs. 5

(5) Bei Bauleitplänen, die erhebliche Auswirkungen auf einen anderen Staat haben können, sind die Gemeinden und Behörden des Nachbarstaats nach den Grundsätzen der Gegenseitigkeit und Gleichwertigkeit zu unterrichten. Abweichend von Satz 1 ist bei Bauleitplänen, die erhebliche Umweltauswirkungen auf einen anderen Staat haben können, dieser nach den Vorschriften des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung zu beteiligen; für die Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Behörden des anderen Staats, einschließlich der Rechtsfolgen nicht rechtzeitig abgegebener Stellungnahmen, sind abweichend von den Vorschriften des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung die Vorschriften dieses Gesetzbuchs entsprechend anzuwenden.

§ 4a Abs. 6

- (6) Stellungnahmen, die im Verfahren der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nicht rechtzeitig abgegeben worden sind, können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben,**
- sofern die Gemeinde deren Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und**
 - deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bauleitplans nicht von Bedeutung ist.**
 - Satz 1 gilt für in der Öffentlichkeitsbeteiligung abgegebene Stellungnahmen nur, wenn darauf in der Bekanntmachung nach § 3 Abs. 2 Satz 2 zur Öffentlichkeitsbeteiligung hingewiesen worden ist.**

§ 4 Abs. 3

(3) Nach Abschluss des Verfahrens zur Aufstellung des Bauleitplans unterrichten die Behörden die Gemeinde, sofern nach den ihnen vorliegenden Erkenntnissen die Durchführung des Bauleitplans erhebliche, insbesondere unvorhergesehene Auswirkungen auf die Umwelt hat.

§ 4 c BauGB. Überwachung

- **Die Gemeinden überwachen die erheblichen Umweltauswirkungen, die auf Grund der Durchführung der Bauleitpläne eintreten, um insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig zu ermitteln und in der Lage zu sein, geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen. Sie nutzen dabei die im Umweltbericht nach Nummer 3 Buchstabe b der Anlage zu diesem Gesetzbuch angegebenen Überwachungsmaßnahmen und die Informationen der Behörden nach § 4 Abs. 3.**

Einzelfragen

- **Rechtspflicht?**
- **Anspruch auf Monitoring?**
- **Unterrichtungspflicht der Öffentlichkeit?**

Zusammenfassende Erklärung: § 6 Abs. 5 Satz 3 und § 10 Abs. 4

- **Dem Flächennutzungs- bzw. Bebauungsplan ist**
- **„eine zusammenfassende Erklärung beizufügen**
- **über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung**
- **in dem Plan berücksichtigt wurden,**
- **und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten**
- **gewählt wurde.,,**
- **Rechtswirkungen von „Fehlern“?**

Verfahrensablauf - Bauleitplan, Umweltbericht

- **Aufstellungsbeschluss**
- **Frühzeitige Behördenbeteiligung**
- **Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung**
- **Offenlegung § 3 Abs. 2 mit umweltbezogenen Stellungnahmen**
- **Abwägung**
- **Beschluss**
- **Bekanntmachung**
- **§ 4 Abs. 3 Informationen**
- **Städtebaulicher Entwurf**
- **Scoping; Entwurf mit Begründung**
- **Erarbeitung Entwurf mit Umweltbericht**
- **Behandlung der Stellungnahmen**
- **Ausarbeitung des endgültigen Plans mit Begründung um Umweltbericht**
- **Endfassung Plan und Begründung**
- **Mit zusammenfassender Erklärung**
- **Monitoring**